

braucht werden. Bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen sollen die Wohnaniedlungen der ländlichen und gewerblichen Bevölkerung im Nahverkehr begünstigt werden. Die Sozialdemokraten beantragen, daß die Werke die Strompreise über den Stand vom 15. Februar 1917 zugleich der Steuer für die Dauer des Krieges nicht erhöhen dürfen. Spätere Erhöhungen bedürfen der Zustimmung des Reichsfinanziers. Die Werke sind verpflichtet, den Gemeinden Kohlen direkt zu freien Verkaufspreisen zu liefern. — Abg. Bud (Soz.) verlangt eine Reichseinkommen- und Vermögenssteuer als Grundlage aller Besteuerung auch in Staat und Gemeinde. — Abg. Stöbe (natl.) stimmt mit seinen Freunden der Vorlage in der Ausschusftossung zu. Es müßten die Mittel beschafft werden, um die Anleihen zu verzinsen. Zweifellos werde in das Verhältnis der Industrie stark eingegriffen, aber es gebe augenblicklich keinen anderen Weg. Das Gesetz soll nur drei Jahre gelten, hoffentlich kann es dann wieder befeistigt werden. — Abg. Dr. Blüger (CDU): Ohne die Kohlen ging es nicht. Wir hätten sonst die erforderlichen Summen nicht zusammen bringen können. Den sozialdemokratischen Antrag lehnt seine Partei ab. Der Kohlenkleinhandel sei zu schonen. — Abg. Gotheim (Volksp.) äußert schwere Bedenken gegen die Kohlensteuer, die das Brot der Industrie belaste. Aber was soll getan werden? Es würden im Kriezen jährlich 7½ Millionen aufzubringen sein. Warum schenkt man der Braunkohlenindustrie 10 Millionen Mark, indem man für sie die Steuer von 20 auf 15 Prozent ermäßige? (Hört! Hört!) Wir hätten in Deutschland einen Vorrat von 18½ Milliarden Tonnen Braunkohle und 420 Milliarden Tonnen Steinkohle. Wir sollten also die Braunkohle nicht verschleudern und jetzt wolle der Reichstag der Briseit-Industrie, die sich in glänzender Lage befindet, ein solches Geschenk machen? — Abg. Dr. Wildgrube (SPD): Es sei konservative Gewissenstradition, dem Reiche das Notwendige zu bewilligen. Warum seien seine Freunde trotz vieler Bedenken für die Vorlage, denn das Reich befindet sich in einer Durangelage. Seine Freunde hofften, daß unsere finanziellen Verhältnisse durch eine

ausgetragene Kriegsentschädigung
sich besser gestalten würden. Auch die Sozialdemokraten
lehnten eine solche ja nicht ab. Wir müssten nach dem
Kriege zu einer organischen Finanzreform kommen. Für
die Kohlensteuer habe die große Erfolglosigkeit und die leichte
Veranlagung gesprochen. Die Belastung der Produktion
sei zweifellos eine Erhöhung der Produktion; aber das
müsste man mit zu kaufen nehmen. Die Ermäßigung für die
Braunkohlenfabrik sei durchaus berechtigt. Die Produ-
ktion sei bereit, die neue Steuer auf sich zu nehmen. Dem
sozialen Bedürfnis und der steuerlichen Gerechtigkeit sei
tunlich Rechnung zu tragen. Das Reich bedürfe neuer
Mittel, daher stimmten er und seine Freunde der Vorlage
zu. — Abg. Henke (Soz. A.-G.) schutzt mit seinen Freunden
die Kohlensteuer ab. In der Einzelberatung verbreitete
sich Abg. Hoch (Soz. A.-G.) über die Vorgegeschichte der
Kohlensteuer. — Abg. Geil (Soz.) gibt eine Erklärung
seiner Partei gegen die Begünstigung der Preßkohlen-
fabriken ab. Der Antrag auf Streichung der Bestimmung,
wonach die Steuer für Preßkohle aus Braunkohle hat
20 nur 15 Prozent betragen soll, wird mit 111 gegen 103
Stimmen angenommen. Die übrigen Bestimmungen wer-
den genehmigt. Damit ist die zweite Lesung der Steuer-
vorlage beendet. — Morgen 11 Uhr: Statnotizsch
Dritte Lesung der Steuervorlage. Stat des Reichstags-
lers und des Auswärtigen Amtes. Schluss 8 Uhr.

*
Der Heeresrat im Hauptauschuss des Reichstages.
Unser Berliner Mitarbeiter meldet: An der fortgesetzten Beratung des Heeresrats im Hauptauschuss des Reichstages erwiederte der Kriegsminister auf verschiedene Anfragen u. a.: Wenn Soldaten fallen oder sterben, so wird dies den Ortsbehörden angezeigt. Das Belehrverderecht besteht und wird respektiert. Begegnung unpassende Behandlung der Mannschaften wird eingedrungen. Eine Reihe von Dissidenten sind zum Offizier befördert worden. Auch qualifizierte Juden werden befördert. Oberst v. Briesberg erklärte: Soweit wie möglich ist Urlaub erteilt werden, insbesondere bei Todesfällen. Die Briefzensur erfolgt durch besonders eingerichtete Stellen nicht durch die direkten Vorgesetzten, es sei denn, daß Briefsperrre bestünde. Landwirte über 45 Jahre, die sich über sechs Monate in der nördlichen Ukraine befunden haben, werden ausgetaut. Auf die Verhältnisse solche Familien, die mehrere Angehörige verloren haben, wird Rücksicht genommen. Die Beratung wurde schließlich zwecks einer vertraulichen Beisprechung über den von Abgeordneten verschiedener Parteien eingebrachten Entwurf einer Luxuswarensteuer abgebrochen.

Die Straßennutzungsausdehnung des Reichstages

Unser Berliner Mitarbeiter meldet: Am Ernährungsausschuss des Reichstages gab Ministerialdirektor von Braun ausführliche Auskunft über die Verteilung von Nahrungsmiteln in den einzelnen Monaten. Wegen Kohlemangels waren die Verteilungen nicht regelmäßig; jetzt sind sie es wieder. Ob bei den Bezirksstellen zu großen Reserven vorhanden sind, muss nachgeprüft werden. Präsident v. Mattoxi wiederholte, dass Brot und Kartoffeln am notwendigsten seien, erst dann kommt Fleisch und Fisch. Mit dieser Auffassung, die eine Reduzierung der Viehbestände in sich schließt, sei die Mehrheit des Reichstages und des Auschusses bisher nicht einverstanden gewesen. Viehbestände der landwirtschaftlichen Betriebe seien kleine und mittlere Betriebe. Es sei daher nicht möglich, diese von den Maßnahmen zur Erfassung der Vorräte auszunehmen. Es werde nicht möglich sein, die Preise für Schweine und vor dem 1. Mai herabzusetzen, auch nicht, die Abschlüsse zu beschleunigen.

Breitfeld'sches Herrenhaus.

Um preußischen Herrenhaus erklärte bei Beratung des Staatshaushaltspolitischen Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein: Namens der Rechten bedauere ich die Notur, in welcher am 14. März im anderen Hause die Angriffe gegen dieses Haus erfolgten, und lege nachdrücklich Verwahrung dagegen ein. Aulässlich des Kriegsaufstandes verlagt sich die Fraktion, im einzelnen darauf einzugehen. Wir sind uns bewusst, eingedenkt der Vergangenheit des Herrenhauses und seiner gesetzlichen Aufgaben im Rahmen der Verfassung, unsere Pflicht gelten zu haben, die die Wahrung der Rechte der Krone, die Wohlfahrt des Volkes und die Stärkung des Staatsgedankens umfaßt. Wir treten für ein starkes Deutschland ein, welches die Eigenart seiner einzelnen Glieder schützen muß. Wir sind gewillt, alles Trennende zu vermeiden und die Vereinigung aller Kräfte anzustreben.

vermeiden und die Vereinigung einer Krise unzureichend.
Oberbürgermeister Werth (Berlin) bedauerte, dass durch die Ablehnung der Tötenvorlage ein Misstrauen in unsere innere Politik hineingetragen worden sei, umwünschte dringend eine neue Abrechnung der Aussicht des Staates über die Gemeinden. — Herr v. Klein mondete sich gegen eine weitere Demokratisierung, durch die die Rechte des Staates und der Krone sehr eingeschränkt würden. Auf diesem Wege würden wir zur Republik gelangen. — Oberbürgermeister Dr. Soetbeer (Glogau) ersuchte die Regierung um baldige Vorlegung einer neuen Wahlvorlage gerade jetzt unter dem Zeichen des Burgfriedens. Die Ablehnung der Tötenvorlage sei ein politischer Fehler und der 9. März ein Ruhmestag für das Herrenhaus gewesen. Eine Herabsetzung des Reichstages sei zugleich eine Herabsetzung des deutschen Volkes. — Graf v. Moon widersprach dem. Es bestehe keine Veranlassung, dem Reichstage Bewunderung auszusprechen. Das deutsche Volk habe wahrlich ein besseres Parlament verdient. Man müsse eher an eine Reform des Reichstages denken, zum mindesten ein Reichsoberhaupt fordern. Zu einer Reform des Herrenhauses liege keine Veranlassung vor. Es ist unerhört, jetzt eine Wahlreform zu verlangen, die Preußen ruinieren würde.

Zur 6. Kriegsanleihe.

Gebr. Deffnermeyerat Andrä, Braunsdorf

Der König sei der Herrscher im Aller; und er lege, und alle seine Freunde könnten
in Wallen liegen, ist ausreichend in der verdeckten Abgesetzter. In der
allmächtigen Zeit braucht das Land ein Geltwerte zu Kraftsatz für die Regierung.
Jeder, der Mittel hat, schätzt, was er will oder nicht sein kann;
was er will, er will es, schätzt, was er will oder nicht sein kann;
was er will, er will es, schätzt, was er will oder nicht sein kann;
was er will, er will es, schätzt, was er will oder nicht sein kann;

Wittgenstein's Notebooks 18 February 1917

George Remond

(Der Krieg, im heut Deutschtum um alles, was es besitzt, will allen Helden seines Abens und Mollens töpfert. In ungemeinheitlichem Unrecht eingedrungen!) In der allernächsten Zeit kommt das Reich wieder neue Heilmittel zur fraktionären Kriegsführung. Jetzt, der Krieg hat, bestellte Hälfte — möglicherweise wenig sein Eigen nennen — nach seinem Befehl Richtlinien. Es geht um das Kampf- und die Sicherstellung des persönlichen, aber auch jenen Englands'. Mit dem Scham im Herzen hört man, daß Blauhader von der Kriegserklärung absteht, daß englische Mitglieder auch unverzüglich ins Haus eindringen! Direkt Verbindungsstellen unter den Feinden vertragen ihr eigenes Befreiung! Diese hunderttausende Eltern Deutschlands haben über ihr Blut nur das rechte Recht durchgezogen. Jetzt nur im Innern durch Herrschung geäußerten Heilmittel heißt, daß es nicht möglich gewesen ist! Seien wir ehrig, klug, hilfsbereit!

Hofrat Dr. Lößnner, Leipzig, Mitglied der Zweiten Ständekammer

Freunde. „Hier“ versteht sich die Mäßtare, der im
Eigentlichen diese Volke vorwirft, dessen ab ziem-
lich schriftlichen Vorwürften in diesem Weltkrieg
bedroht. — Das freie Gefühl der Verbündeten
vorwirft, wenn ab gilt Einigungstreitigkeiten,
der Grundt jenseit Verachtens gleich! — f-7

Leipzig, den 18. Februar 1917. Hofrat Dr. Löbner
Landwirtschaftsminister

(Freunde. Wir verurteilen den Stolz, der in Eigenlehrer dem Volke gegenübersteht, helfen es zum mittäglichen Durchhalten in diesem Schlimmen Kriegsfall, wenn es mit Kriegsanleihe zu zahlen, her bereit! jenem Berufsterm gleich! —)

Die Polen zeigten heute für ihr neues Reich nicht die geringste Faulheit. Polen müsse politisch und militärisch in unserer Hand bleiben. Die Geschichte Eliaz Rothringens sollte uns eine Lehre sein. Von dem Bündnis unserer Freunde hätten sich unsere Diplomaten sehr überraschen lassen. Der Herzog von Schleswig-Holstein erklärte, daß die beiden konservativen Redner nur für ihre Person zu sprechen hätten. Vizepräsident des Staatsministeriums v. Breitenbach wies darauf hin, daß der Ministerpräsident betont habe, daß das in der Thronrede enthaltene Ver sprechen nach dem Kriege in die Tat umgesetzt werden solle. Recht müßten wir alle Stände für den Sieg zusammenfassen. Staatssekretär a. D. Denburg führte aus, daß die Neuorientierung nur noch links geben könne. Noch mehr nach rechts könne man nicht gehen, sonst komme man an die Wand. In die preußische Verwaltung sei eine große Einheitlichkeit gekommen, während das Reich in außerordentliche Aufgaben hineingeworfen sei. Herzog von Schleswig-Holstein: Die Entscheidung im Weltkriege habe heran. Deutschland hat nie so groß dagestanden, wie jetzt. Wir haben die Ausübung auch England bald zu bedeutschen Südens benötigte. Die Herabsetzung der Gesundheitspreise benötigte vor allem den deutschen Südwährend der Osten an der Erhöhung des Brotpreises profitierte und den Nachteil der Senkung der Fleischpreise seiner wichtigen Wirtschaft nicht verfüllt. — Der Minister des Innern Dr. v. Bretzenheim erklärte, daß auch bayerische Regierung die Zeitung der Berne und Weimar sehr belämpft habe, aber mit ihren Anträgen nicht dringen könnte. Am übrigen war es außerordentlich interessant, daß der Minister des Innern eine offene Darlegung der Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands gab, wobei er als ungünstigstes Moment nur den Stand der ländlichen Erwerbsmittel hervorheben konnte. Er behauptete, daß den letzten Erhebungen am Getreidestande in Nordrhein-Westfalen Brotpreise fehlten. In außerordentlichen Beiträgen haben die letzten Zählungen noch günstigere Ergebnisse gezeigt. Auch die Kartoffelnot reichen nicht einmal zur Deckung des Bedarfs der Hälfte. Aus diesem Grunde seien die vor einigen Tagen stattgefundene Einschränkungen notwendig geworden.

Weindliche Kriegsberichte

Französischer Heeresbericht vom 27. März abends.
Südlich der Dôle erweiterten wir unsere Vortriebe am letzten Balde von Bouen, dessen ganzen nördlichen Teil wir jetzt hielten. Der Feind wurde über die Linie Barres - Servance zurückgeworfen. Südlich des Baldes eroberten unsere Truppen glänzender Weise im Laufe einer Nachtaufgabe das Fort Ney-le-Château, das von den Deutschen energetisch verteidigt wurde. An der Biegung nördlich von Soissons eroberten wir ein höll nordwestlich von Margival und einen Rückpunkt, der vorhin zerstört wurde. In den Argonne gelang uns ein Angriff im Abschutze von Le Bourg de Farts. Wir brachten langene ein. An Vortrieben übte eine feindlicher Artilleriebeschuss gegen unsere kleinen Posten völlig lieberall sonst die Nacht ruhig.

Die neuesten Meldungen lauten:

Zur Versenkung des Lazarettschiffes „Asturias“.
Berlin, 28. März. Die britische Admiralsität behauptet, daß die Versenkung des britischen Lazarettschiffes „Asturias“ in der Nacht vom 29. zum 30. März ohne Warnung erfolgt sei. Hierzu wird festgestellt, daß „Asturias“ auf Befehl der von der deutschen Regierung am 21. Januar erlassenen Erklärung versenkt wurde. In dieser Erklärung heißt es: „Andernfalls kann die deutsche Regierung nicht länger zulassen, daß die britische Regierung ihre Truppen und Munitionstransportvöge nach dem Hauptkriegsgebiet unter dem heudlerichen Gedränge des Motorschraubes ungefährdet befördert. Sie erklärt daher, daß sie von nun an kein feindliches Lazarettschiff in dem Seengebiet dulden wird, das zwischen den Punkten Alamborouah Head und Tereschlina einerseits, Quesant und Vandend anderseits liegt. Sollten in diesem Seengebiet nach einer angemessenen Frist noch feindliche Lazarettschiffe angetroffen werden, so würden sie als kriegsführende angesehen und ohne weiteres angegriffen werden.“ — Nach dieser generellen Warnung gehört ein dreiviertel sondergleichen dazu: Verwundete, Kranken und Pflegerpersonal in dem erklärten Spezialgebiet der Gefahr des Unterganges auszuhalten. Es ist übrigens ein merkwürdiger Zufall, wenn die Engländer gerade bei „Asturias“ von ihrer Geopflogenheit, Lazarettschiffe zum Transport von Truppen und Munition zu benutzen, abgewichen sein sollten, geben uns doch dauernd Beweise dafür zu, daß unsere Gegner nach wie vor ihre Lazarettschiffe zu

Die Wirkung der militärischen Missionen

b. Stockholm, 28. März. (Via. Främlings.) Nach in Malmö eingetroffenen Mitteilungen sind Teile der russischen Ostseeflotte durch die letzten Revolutionäre Ereignisse in Kronstadt, Revel, Helsingfors schwer beschädigt worden. Die russischen Marinemannschaften, die sich überwiegend für die Errichtung einer sozialdemokratischen Republik ausgesprochen haben, seien sämtlich für die rasche Herbeiführung des Friedens. Nach Ausbruch der Revolution bemächtigten sich die Mannschaften und Unteroffiziere der Fahrzeuge, wobei es zu schweren Zusammenstößen zwischen Mannschaften und Offizieren kam. Zahlreiche Offiziere wurden getötet. Aus verschiedenen Fahrzeugen wurden wichtige Maschinenteile heruntergenommen, um sie zu verkaufen. Berücksichtigt wurden auch die eng-